

Erklärung zur Sitzung der Baukommission am 30.1.2007

Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e.V. (Paulinerverein)

Die Sitzung der Baukommission, an der die Bürgerinitiative nicht beteiligt war, hat keine neuen Erkenntnisse und keine neue Qualität der Gestaltung der Universitätskirche gebracht. Trotz zahlreicher Proteste – u.a. der Theologischen Fakultät, des Stadtkonvents der evangelischen Kirche, sehr viele Briefe an den Ministerpräsidenten und Tausende Unterschriften gegen die Entwürfe - haben sich Bauherr und Universität nicht bewegt. Der 2004 versprochene „Innenraum der Paulinerkirche“, der die Zustimmung der Leipziger Bevölkerung fand, soll so nicht wieder entstehen. Der Baubeschluss vom Januar 2006 wurde zementiert. Nach den Vorstellungen dieser Kommission bleibt es bei dem teuren Experimentalbau, der vorwiegend repräsentativen Zwecken dienen soll und die eigentlichen Hauptfunktionen (Gottesdienste, Universitätsmusik, vollständige Präsentation der geretteten Ausstattung) und eine würdige Erinnerung an die Sprengung behindert und einschränkt.

Sollte es dabei bleiben, wird eine für die Stadt einmalige Chance vertan. Kein Mensch wird nach Leipzig kommen, um sich einen „modernen“ Zweckbau mit „Erinnerungscharakter“ und „fantastischen“ Beleuchtungseffekten anzusehen. Nach Meinung Rektor Häusers sollte man späteren Generationen etwas übrig lassen, so z.B. die im Siegerentwurf zugesagte Aufstellung der geborgenen Barockkanzel, die als Symbol der freien und unzensierten Rede in den beiden deutschen Diktaturen gilt.

Ewig schade wäre dies, denn jetzt hätten wir die Möglichkeit und den Willen dazu, etwas entstehen zu lassen, was die Bezeichnung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig verdienen würde und – als Antwort auf den barbarischen Vernichtungswillen von 1968 – weltweite Beachtung fände. Es ist nicht zu verstehen, weshalb in der Ablehnung der Kirche die heutige Universitätsleitung ihren Vorgängern aus der DDR im Geiste folgen und den festlichen Raum so entstehen muss.

Die derzeitigen Planungen entsprechen nicht mehr dem 2004 erzielten Kompromiss. Sie sind daher abzulehnen. Durch Fremdbestimmung soll der Betrug vollendet werden. Bürgerschaftliches Engagement ist offenbar nicht gefragt. Das viele Geld wäre besser anderweitig angelegt.